

V0587/22

Blackout - Sicherstellung der Stromversorgung in Ingolstadt
-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2022-

V0772/22

Blackout - Sicherstellung der Stromversorgung in Ingolstadt
- Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2022 -
Stellungnahme der Stadtwerke Ingolstadt Netze GmbH
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Stadtrat vom 25.10.2022

*Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion **V0587/22** und der Antrag der Verwaltung **V0772/22** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Lipp zeigt sich erfreut über den Bericht der SWI, merkt aber zugleich an, dass die Antwort zu allgemein gehalten sei. Er wolle wissen, was im konkreten Fall passiere und welche Maßnahmen bei einem Netzengpass ergriffen und welche Verbraucher vom Netz genommen werden. Stadtrat Lipp fragt nach, welche konkreten Maßnahmen, bzw. Notfallpläne es bei einem Blackout gebe. Auch erkundigt er sich, wie viele Notstromaggregate es gibt und wieviel Diesel und Benzin dafür bevorratet seien. Dies könne nach seinen Worten auch in öffentlicher Sitzung beraten werden, so lange nicht über den Standort gesprochen werde. Stadtrat Lipp sei sehr wichtig, dass die Bevölkerung über diese Möglichkeiten, bzw. diese Gefahr aufgeklärt werde. Dabei verweist er auf eine Broschüre der Stadt Rosenheim. Er betont, dass diese ohne Anraten des Stadtrates erstellt worden sei. In dieser Broschüre werde über das Verhalten in einem Blackout informiert. Auch werden die Bürger darüber aufgeklärt, was überhaupt ein Blackout sei. Stadtrat Lipp verweist auf den Krisenstab der Stadt Ingolstadt unter der Leitung von Herrn Müller, welcher seit Mai dieses Jahres tage und finde es sehr schwach, dass der Stadtrat darüber nicht informiert worden sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die Broschüre der Stadt Ingolstadt, welche vor kurzem aufgelegt worden sei und im Netz zur Verfügung stehe. Er betont, dass er persönlich die Leitung des Krisenstabs habe, welcher seit Monaten existiere. Kürzlich sei dieser um die Blaulichtorganisationen erweitert worden. Weiter gibt es eine Arbeitsgruppe beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz, die sich mit den operativen Detailfragen beschäftige. Weiter seien Satellitentelefone angeschafft worden. Es sei alles bis ins Detail geplant. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass alle Protagonisten in der Stadtgesellschaft, welche dafür in Betracht kommen im Austausch stehen. Zur Rosenheimer Broschüre merkt er an, dass diese Kommunikation dieser Art zweischneidig sei. Es gehe darum sich intern optimal und bis ins Detail vorzubereite, aber auch darum die Bevölkerung unnötig zu verunsichern. Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass es in Rosenheim zu kritischen Diskussionen in der Stadtgesellschaft gekommen sei. Dies wollte er ausdrücklich nicht. Die Information sei wichtig und auch in der neusten Broschüre der Stadt Ingolstadt dargestellt.

Auch der Appell sei wichtig, sich bestmöglich vorzubereiten, es aber keinen Grund zur Panik gebe. Die aktuellen Gefahren müssen ernst genommen werden und insofern gebe es auch den Aufruf, dass jeder Privat die Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz ernst nehme.

Es sei versucht worden den Antrag von ganz oben, dem europäischen Verbund, bis zu den Stadtwerken zu beantworten, so Herr Stockmeier. Er informiert, dass auch bei den Stadtwerken schon länger ein Krisenstab etabliert sei. Seit Anfang dieses Jahres gebe es verschiedene Schnittstellen in andere Krisenstellbereiche, auch zu den von Oberbürgermeister Dr. Scharpf angesprochenen. Herr Stockmeier betont, dass es sechs Notstromaggregate gebe. Mit diesen meine er nicht die ganzen Kleinlastanlagen, welche im Baumarkt erworben werden können. Weiter verweist er auf zwei Szenarien, die man hier im Blickfeld habe. Beim Szenarium eins, habe man einen Blackout von oben nach unten. Er erläutert, dass in dem europäischen Verbundnetz, welches ganz Europa physikalisch zusammenhalte, es einen gewissen Gleichklang zwischen dem Erzeuger und der Last gebe und es komme immer wieder zu Engstellen und Lastenengpässen. Dies führe dazu, dass unter Umständen temporär einzelne Leitungen und einzelne Übergangsstellen abgeschaltet werden müssen. In diesem europäischen Verbund solle Last und Erzeugung gleich gehalten werden. Dies passiere auch ständig. Auch werde aktuell in dieses europäische Verbundnetz eingegriffen, um diesen Lastenausgleich zu schaffen. Wichtig sei Erzeugung und Last gleich zu schalten. Es werde auch ständig geübt, Lasten zu reduzieren. Abhängig von dieser Vorgabe, wie hoch diese Lastenreduktion sein müsse, gebe es mit Kunden auch Abschaltverträge. Diese dürfen per Vertrag vom Netz genommen werden. Aber es gebe auch Notfallpläne. Insofern müssen um diese Lastenreduktion zu schaffen, auch in einem rollierenden System einzelne Kunden, bzw. Kundengruppen vom Netz genommen werden. Worstcase sei, dass einzelne Stadtteile, drei bis vier Stunden diskriminierungsfrei vom Stromnetz genommen werden müssten. Ziel mit dieser Lastenreduktion sei immer die Verhinderung des Blackouts. Herr Stockmeier betont, dass diese Notfallpläne ständig aktualisiert werden. Er betont auch, dass ein besonderes Augenmerk auf die medizinische Infrastruktur in Ingolstadt gelegt werde. Es gebe inzwischen 30 Notfallpläne, welche auch geübt werden. Das Klinikum sei die wichtigste medizinische Einrichtung, welche über zwei Umspannwerke betrieben werde. Es gebe auch die Möglichkeit, ausgehende von der Müllverwertungsanlage, ein Kabel von der MVA bis zum Klinikum zu schalten. Sowohl das Klinikum als auch die MVA seien inselfähig, um hier eine Versorgung aufzubauen. Es gebe verschiedenste Szenarien und von daher wolle man individuell auf den Notfall vorbereitet sein. Weiter verweist Herr Stockmeier auf den anderen Blackout, welcher viel wahrscheinlicher sei. Dieser sei von unten nach oben. Dabei verweist er auf die Gasmangellage. Die Leute stecken dann ihre Heizlüfter an das Stromnetz und insofern könne dies dann in einem Straßenzug eng werden. Insofern könne es sein, dass es zu einzelnen punktuellen Versorgungsausfällen komme. Auch hier sei man darauf vorbereitet. Hier seien die Einsatzfahrzeuge umgerüstet worden und auch Schreiben an die Kunden mit dem Hinweis vorbereitet, damit diese versuchen, Last zu reduzieren. Den flächendeckenden europaweiten Stromausfall sehe Herr Stockmeier relativ unwahrscheinlich. Er merkt an, dass man hier auch gut vorbereitet sei. Weiter weist er auf die ständige Aktualisierung der Notfallpläne. Wichtig sei in diesem Krisenfall das Thema Kommunikation. Dabei verweist er auf die werkseigenen Zweiradtechnik und die Wählscheibentelefone in den wichtigsten Anlagen. Diese haben den Vorteil, dass diese immer funktionieren. Auch einen analogen Funk gebe es, der im Notfall funktioniere. Hierfür gebe es eigene Sender und Empfänger. Dadurch mache man sich unabhängig von Satellitentelefonen und Handys. Weiter verweist Herr Stockmeier auf sechs Stromversorgungsstationen welche von Personal betrieben werden müssen.

Stadtrat Wöhl fragt nach was beim „Blackout von unten“ getan werde, um den Bürgern mitzuteilen, dass diese ruhig bleiben und ihre Geräte erst später wieder einschalten.

Hierfür habe man Flyer vorbereitet, so Herr Stockmeier. Er weist darauf hin, dass viele Heizlüfter verkauft worden sind und diese auch wenn es kalt wird angesteckt werden. Der Bürger müsse dies lernen. Dies funktioniere nicht ohne eine gewisse Solidarität in diesem öffentlichen Bereich. Oberstes Ziel sei den Mittelstand und die Versorgung der Infrastruktur zu schützen.

Stadträtin Mayr erinnert an das alte Leuchtturmprojekt, welches sowohl bei den Stadtwerken, als auch beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz betrieben worden sei. Sie regt an, hier die Vorsorge zu treffen, damit auch die Stadtteile bedient werden, in denen es keine Feuerwehrgerätehäuser oder Ähnliches gebe. Hier verweist sie bewusst auf den Südosten der Stadt. Aber auch der Nordosten sei komplett ohne Feuerwehrgerätehäuser. Dort solle dies installiert werden, damit auch dieser Teil der Stadt mit abgedeckt werde.

Herr Stockmeier nimmt diese Anregung gerne auf und weist darauf hin, dass für diese Leuchtturmprojekte durchaus Notstromaggregate vorhanden seien. Weiter verweist er auf den nächsten Krisenstab der Feuerwehr, wo auch solche Themen diskutiert werden. Herr Stockmeier betont, dass die Stadt nicht genügend Notstromaggregate für die Versorgung habe. Er verweist auf die derzeit lange Lieferzeit von bis zu zweieinhalb Jahren für ein Notstromaggregat.

Nach Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei es klar, dass eine Stadt mit 140.000 Einwohnern nicht mit Notstromaggregaten versorgt werden könne. Es stehe aber außer Frage, dass die Versorgung der kritischen Infrastruktur, wie das Klinikum, Pflegeheime und die Abwasserversorgung gewährleistet sei.

Herr Stockmeier sei froh, dass Ingolstadt variable Notstromaggregate habe. Ein großer Vorteil sei, dass man somit roulieren und individuell reagieren könne. Wenn es Gemeinschaften gebe, können die Notstromaggregate eingesetzt werden. Er betont, dass diese Aggregate sehr viel Diesel verbrauchen, welches auf den Werksgelände zwischengelagert sei.

Stadtrat Bannert bemängelt, dass er erst durch den seitens der AfD-Stadtratsfraktion gestellten Antrag vom im Mai 22 eingerichteten Krisenstab der Stadtwerke erfahren habe. Weiter bemängelt er, dass der Oberbürgermeister mit seinen Ausführungen das Thema verharmlose. Nach Worten von Stadtrat Bannert müsse die Bevölkerung klipp und klar über die Bedeutung eines solchen Szenariums informiert werden. Er betont, dass die Ingolstädter seitens der Stadt bestmöglich informiert werden müssen. Weiter bemängelt er, dass nicht genügend Notstromaggregate vorhanden sind. Er betont nochmals, dass dieses ernste Thema in Zukunft besser öffentlich behandelt werden müsse.

Wer Zeitung lesen könne sei klar im Vorteil, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Es sei bereits vor Monaten über diese außergewöhnliche Angelegenheit informiert worden. Auch der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt – Beteiligungen GmbH habe bereits in einer Stadtratssitzung diese Thematik vorgetragen. Die Information gebe es nicht erst seit heute. An Stadtrat Bannert gewandt merkt Oberbürgermeister Scharpf an, dass er sich darauf

verlassen könne, dass das Krisenmanagement der Stadt dies gut im Griff habe und nicht auf die Anträge der AfD-Stadtratsfraktion angewiesen sei.

Dies sei nach Worten von Stadtrat Schäuble ein mieses politisches Schauspiel was hier betrieben werde. Panikmacherei, anstatt echter Sorge um die Probleme der Bürger. Dies habe mit der Realität nichts zu tun. Hier gehe es nicht um die Frage wie man vorbereitet sei, sondern wie Panik in der Bevölkerung vermieden werde. Der Stadtrat teile die echte Sorge, wie man sich bestmöglich aufstelle. Stadtrat Schäuble merkt an, dass es wichtig sei sich hier faktisch und sachlich damit zu beschäftigen. Er bemängelt, dass dies nicht die Absicht von Stadtrat Bannert gewesen sei, denn ihm gehe es nur darum Panik zu schüren, von einem Szenario, welches vielleicht eintreten könne. Stadtrat Schäuble sei es wichtig, hier Fakten zu schaffen, aber keine Panik zu schüren.

Herr Stockmeier weist darauf hin, dass der Krisenstab nicht erst seit Mai dieses Jahres tage. Er betont, dass dies neben dem Tagesgeschäft geprobt werde. Seine Mitarbeiter engagieren sich sehr dafür, um das bestmögliche für die Stadt im Notfall rauszuholen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf spricht seinen Dank an alle Beschäftigten aus, welche sich mit dieser Thematik befasst seien.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen den Bericht zur Kenntnis.